

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen

46. Sitzung
30. Oktober 2019

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 14.17 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1948
**Änderung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP
Berlin)**

[0229](#)
StadtWohn

Wir beginnen mit der Begründung der Vorlage – zur Beschlussfassung – durch den Senat. – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Katrin Lompscher (SenStadtWohn): Erstens – in aller Kürze –: Herr Künzel vom Referat Flächennutzungsplanung in der Abt. I hat eine kleine Präsentation vorbereitet, die wir Ihnen gerne in Erinnerung rufen wollen. Das Thema ist nicht ganz neu. Der Senat hat es auch schon Ende Mai beschlossen. Es gab dann noch mal Diskussionsbedarf. Der Kernpunkt ist: Es ist ein öffentlich konsentiertes Planungsziel, das wir mit dieser FNP-Änderung ermöglichen wollen, dass man nämlich den Mangel an wohnungsnahem Grün in diesen sehr dicht bebauten Bereichen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf dadurch beheben will, dass man auf diesen für Bahnzwecke nicht mehr notwendigen Flächen, die für bauliche Nutzungen auch nur sehr begrenzt geeignet wären, einen Westkreuzpark angelegt. Die Bahn hat diese Flächen als nicht betriebsnotwendig vermarktet und einen Verkauf gestartet. Dem hat der Bezirk insofern widersprochen, als er für Teilflächen ein Vorkaufsrecht zur Realisierung des öffentlichen Planungsziels ausgeübt hat, das wir mit dieser FNP-Änderung verfolgen. Dieser Vorgang ist weiterhin vor dem Landgericht anhängig. Umso wichtiger ist es, dass wir die Planungsziele sukzessive konkretisieren und festlegen. Wenn Sie einverstanden sind, würde Herr Künzel jetzt kurz ausführen.

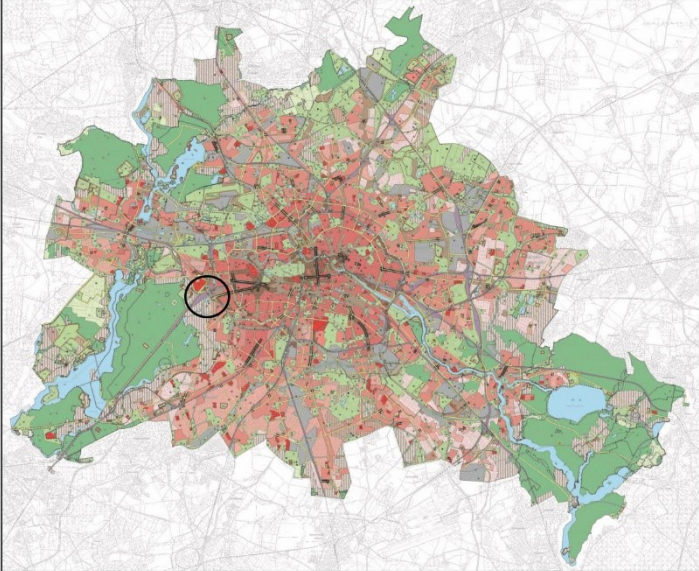
Vorsitzende Ülker Radziwill: Sehr gerne! – Herzlich willkommen, Herr Künzel!

Michael Künzel (SenStadtWohn): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Michael Künzel. Ich leite das Referat I B in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Das Referat heißt „Flächennutzungsplanung und Stadtplanerische Konzepte“.

Flächennutzungsplan Berlin | Abgeordnetenhausvorlage

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen **berlin** Berlin

Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen am 30.10.2019



TOP 3
Vorlage zur Beschlussfassung
über die Änderung des Berliner Flächennutzungsplans (FNP Berlin)
Westkreuz / Heilbronner Straße (Ifd. Nr. 04/16, Charlottenburg-Wilmersdorf)
Drucksache 18/1948
Senatsbeschluss vom 28.05.2019


Ich werde Ihnen kurz den Anlass und die Ergebnisse der FNP-Änderung erläutern sowie einen kurzen Blick auf das Verfahren geben.

Flächennutzungsplan Berlin | Westkreuz / Heilbronner Str. (FNP-Änd. 04/16)

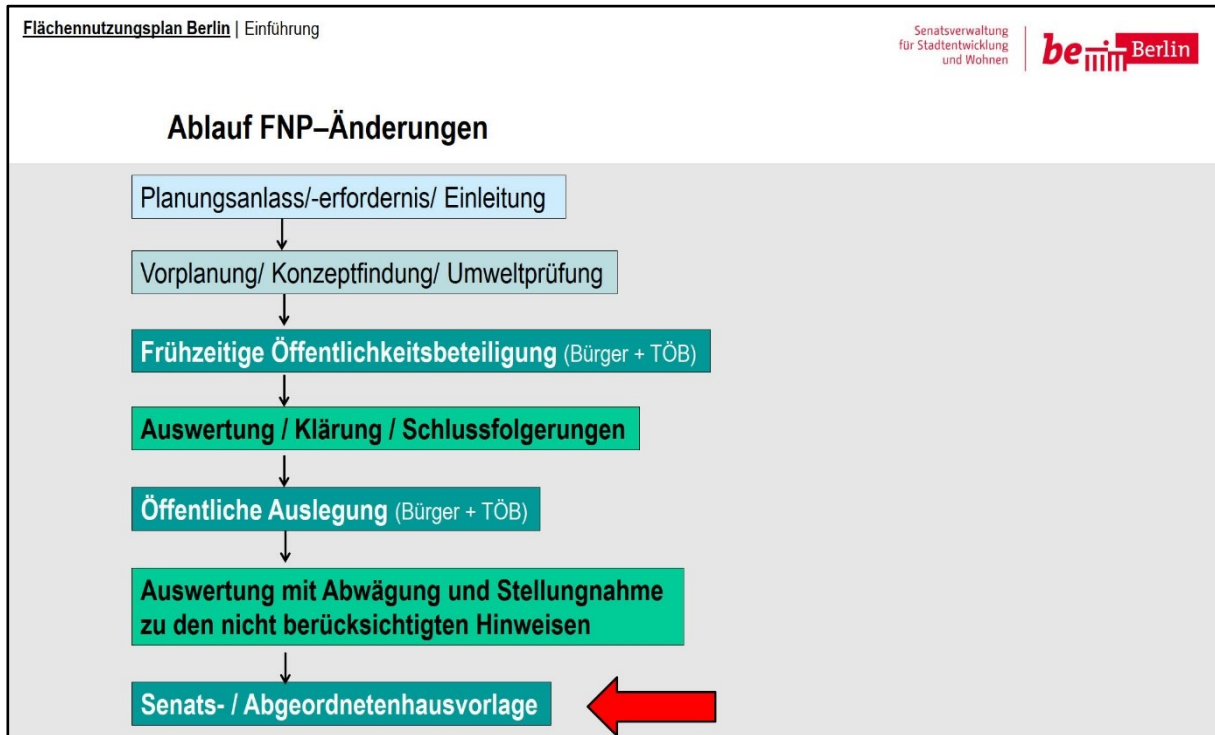
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen **berlin** Berlin

Änderung 04/16

Westkreuz / Heilbronner Straße
im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf



Wir sind in der Schlussphase des Verfahrens, das heißt, der Senat hat am 28. Mai 2019 die FNP-Änderung beschlossen. Sie wird jetzt im Abgeordnetenhaus, sprich Ihnen, zur Beschlussfassung vorgelegt.



Das Verfahren wurde im Mai 2016 eingeleitet. Im September/Oktober 2017 fand die frühzeitige Beteiligung statt und im Mai/Juni 2018 die öffentliche Auslegung.

Anlass für diese FNP-Änderung sind auf der einen Seite schon sehr langfristige, mehrere Jahrzehnte bestehende Überlegungen des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf, den Bereich um das Westkreuz durchlässiger zu machen. Dabei spielen zwei Aspekte eine Rolle: Wie überquert man die Bahnanlagen? Wie erreicht man den S-Bahnhof Westkreuz von den Wohngebieten am Lietzensee bzw. von den Wohngebieten am westlichen Kudammende besser? – Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz hat nun ein Projekt in Arbeit, genau dieses Thema zu lösen, indem der S-Bahnhof bzw. die beiden unteren Bahnsteige – das sind die Bahnsteige der Stadtbahn – mit einer Brücke verbunden und in Richtung Lietzensee und Wohngebiete nördlicher Kudamm angeschlossen werden sollen. Das war für den Bezirk der Anlass, seine Planungen für eine Neuordnung der Freiräume dort wieder aufzunehmen. Er verfolgt das Ziel, in einem Bebauungsplan dort die ehemaligen Bahnflächen als Freiflächen festzusetzen.

Mitten in diese Überlegungen hinein platzte 2016 die weder mit dem Bezirk noch mit der damaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in irgendeiner Art und Weise angekündigten, besprochenen Grundstücksausschreibungen für im FNP dargestellte und außerdem immer noch gewidmete Bahnflächen. Diese Flächen hat die Bahn zum Höchstpreis an einen Investor verkauft. Das war der Anlass für den Bezirk, das Bebauungsplanverfahren einzuleiten, mit dem Ziel der Freifläche, und auch Anlass für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, das FNP-Änderungsverfahren einzuleiten, und auch Anlass für den

Bezirk, das Vorkaufsrecht auszuüben. Deswegen ist von besonderer Bedeutung, dass der FNP jetzt auch wirksam wird, damit der Bebauungsplan festgesetzt werden kann und damit dann auch die planungsrechtliche Grundlage für eine Freifläche gelegt wird.

Flächennutzungsplan Berlin | Westkreuz / Heilbronner Straße (FNP-Änd. 04/16)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen | **be** Berlin

FNP: Aktuelle Arbeitskarte (FNP-2015 einschl. aller seitdem wirksamen Änderungen)



Sicherung u. Vernetzung des Grün- und Freiraums mit der Innenstadt sowie der Grunewaldseenkette, Ausgestaltung Grüner Hauptweg Nr. 18 „Innerer Parking“

Bewahrung von Wohnqualität, von Flächen für den Klimaschutz bzw. für zukünftige Kompensation im verdichteten Stadtraum

Verbesserung der Erreichbarkeit des S-Bahnhofes Westkreuz

Vorbereiten einer städtebaulich qualifizierten Weiterentwicklung Halensee unter Berücksichtigung einer örtlichen Grünvernetzung

Anlass und wesentliche Planungsziele der Änderung

Sie sehen den heutigen FNP, der überwiegend Bahnflächen in diesem Bereich darstellt. Es handelt sich dabei um den Bereich innerhalb des S-Bahninnenringes. Die Gleislinie war die Fläche, die die Bahn verkaufen wollte. Hier sind noch große Bauflächen als M 1-Flächen dargestellt, Bauflächen, die aber sehr schlecht nur erschlossen werden können und die auch angesichts der Verdichtung im Bezirk Charlottenburg Wilmersdorf eher als Freifläche benötigt werden für Kinderspiel- und Bolzplätze und solche Nutzungen.

Flächennutzungsplan Berlin | Westkreuz / Heilbronner Straße (FNP-Änd. 04/16)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen **berlin** Berlin

FNP-Änderung



Grünfläche und Bahnfläche statt Gemischte Baufläche i.V.m. einem übergeordneten Grünzug und Bahnfläche

Grünzug in Vernetzung Lietzenseepark - Hauptzentrum City West von übergeordneter Bedeutung

Grünzug an der Heilbronner - / Gervinusstraße von örtlicher Bedeutung wird nicht dargestellt; hier darstellungssystematische Ergänzung von Wohnbaufläche W1 und gemischter Baufläche M2

Darstellungsänderung

Dem folgt dann auch die FNP-Darstellung, in der die in Betrieb befindlichen Bahnanlagen als Bahnfläche dargestellt werden, alle anderen Flächen als Grünflächen und die bestehende Grünanlage am Stuttgarter Platz aufgegriffen wird als die Grünverbindung vom Bereich Wilmersdorfer Straße zum Lietzensee, von da aus dann über den S-Bahnhof Westkreuz in den Bereich Halensee hinein. Auf der Südseite der Stadtbahntrasse sind ohnehin durch den Bezirk eine Reihe von Flächen mittlerweile so weit entwickelt, dass sich hier der ursprünglich im FNP dargestellte Grünzug nicht mehr begründen lässt, und deswegen werden diese Flächen den Bauflächen zugeschlagen. Das ist alles in Abstimmung mit dem Bezirk erfolgt. Damit kann ich meine Erläuterungen beschließen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank von unserer Seite an Herrn Künzel! – Ich habe schon Wortmeldungen. Dann starten wir. – Herr Förster, Sie haben das Wort!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Jenseits der Tatsache, dass wir dann wahrscheinlich eine weitere große Grünfläche in Berlin bekommen, die nicht ausreichend gepflegt wird, haben wir auch das Problem, dass wir in Berlin dringend Wohnungen brauchen. Worauf Sie leider nicht eingegangen sind, Herr Künzel, ist, dass es in den letzten Wochen auch eine neue Entwicklung gab, dass sich nämlich zwei angrenzende Wohnungsbaugenossenschaften verständigt haben, dass sie dieses Gelände mit über 1 000 Wohnungen auch bebauen könnten. Sie haben insbesondere auch mit einem Architekturbüro die Kritikpunkte, die es damals an der Entwicklungsstudie von Christian Gérôme gab – dem Privatinvestor, der nicht mehr zur Diskussion steht – aufgegriffen und versucht, für 1 000 genossenschaftliche Wohnungen Konzepte zu entwickeln. Sie sind darüber, soweit ich weiß, in intensiven Gesprächen mit dem Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf, Herr Schruoffeneger, der wohl auch sagt, das seien konstruktive Gespräche. Sie sind natürlich auch daran interessiert, dass man sich über

dieses Konzept auch einmal verständigt und darüber nicht nur theoretisch redet, dass Genossenschaften der Stadt wichtig sind, sondern dass es möglicherweise auch praktisch dort zu einer Entwicklung kommt, die auch dort preiswerten Wohnraum im genossenschaftlichen Wohnungsbau möglich machen würde. Es sind auch Schreiben an die Stadtentwicklungssenatorin und die Fraktionen des Abgeordnetenhauses zu diesem Thema versandt wurden, auch mit umfangreichen Unterlagen.

Deswegen beantrage ich, wenn wir den Punkt in der Diskussion abgeschlossen haben, die FNP-Änderung zu vertagen, damit wir in einer weiteren Sitzung uns das einmal vorstellen lassen können und die Genossenschaften einladen, denn wir wollen nicht nur Lippenbekenntnisse für genossenschaftlichen Wohnungsbau abgeben, sondern das vielleicht auch praktisch unterstützen. Wir sollten da nicht übers Knie brechen, was in die falsche Richtung geht. Deswegen der Antrag auf Vertagung des Punktes nach der Debatte.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Evers, bitte!

Stefan Evers (CDU): Vielen herzlichen Dank! – Zunächst einmal kann ich mich der Einschätzung anschließen, dass wir es hier durchaus auch mit Wohnungsbaupotenzial zu tun haben, sicherlich nicht in höchstmöglicher Dichte, aber durchaus mit realistischen Möglichkeiten. Umso mehr schmerzt es mich, dass dem geplanten Mietendeckel auch dadurch noch mehr rechtlicher Boden entzogen werden soll, dass man eine weitere Fläche dem Wohnungsneubau entzieht und den Nachweis dafür erbringt, dass man keinerlei Interesse an einem Ausgleich des Mietwohnungsmarktes in Berlin hat.

Ich kann mich Herrn Förster insofern anschließen, als dass auch wir mit hoher Sympathie die neuen Vorschläge für eine entsprechende Flächenerschließung zu Zwecken des genossenschaftlichen Wohnungsbaus begleiten, dass auch wir Interesse daran hätten, uns das hier im Ausschuss anzuhören und zu diskutieren, denn es kann eigentlich auch aufseiten der Koalition niemanden geben, der nach all den Lippenbekenntnissen, die Förderung von Genossenschaften betreffend, nicht auch Interesse daran haben muss, dass hier Flächenpotenziale geschaffen werden. Insofern glaube ich, dass dem Bezirk und Berlin gedient wäre und auch unserem Interesse hier im Ausschuss, wenn wir nach der Befassung uns auf eine Vertagung verständigen, damit es eine systematische und vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Überlegungen geben kann. Ich kann so oder so, unabhängig von deren Ausgang sagen, dass wir auf keinen Fall einer Flächennutzungsplanänderung zustimmen werden, die diese Fläche dauerhaft dem Berliner Wohnungsmarkt entziehen würde.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Buchholz, bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Wenn man sich dieses Areal man sich in der Realität angeschaut hat, erkennt man, dass es alles andere als ideal für Wohnungsbau geeignet ist – weil Sie es so darstellen, als wäre es eine ideale Fläche dafür. Wenn Sie da mal herumgelaufen sind – man kann das auch heute tun, legal oder illegal, jedenfalls kann man sich dort fortbewegen, und sich das anschauen –, ist man umkreist und eingezäunt von diversen Verkehrsanlagen. Schon was die Lärmproblematik und andere Sachen angeht, wäre das nicht nur ein bisschen Gehirnschmalz, was man da aufwenden müsse, sondern man müsste ganz intensiv schauen: Ist es überhaupt praktisch möglich? Sie kennen und wir kennen auch die Visualisierung.

Zunächst einmal wollen wir doch vom Anfang her schauen: Mich irritiert immer, dass CDU und FDP, wahrscheinlich die AfD gleich genauso, ins Horn tuten bei Sachen, die man aus stadtentwicklungspolitischer Sicht – und dafür sind wir ja auch zuständig, nicht nur fürs Bauen und Wohnen – auch einmal kritisch beleuchten muss.

Erster Punkt: Was hat eigentlich die bundeseigene Bahn AG getan? – Sie hat einfach mal über die Köpfe des Landes Berlin, des Bezirkes hinweg völlig frei, und zwar demjenigen, der am meisten Geld auf den Tisch gelegt hat, diese Grundstücke dort verkauft. Ein Unding sondergleichen! Wir haben im Parlament schon vor einigen Jahren Beschlüsse gefasst, dass wir den Senat dazu auffordern und bitten, bei der Bahn darauf hinzuwirken, dass nicht mehr ohne vorherige Abstimmung mit dem Land Berlin solche Verkäufe erfolgen. Es ist ein Skandal, dass das immer noch und so spät passiert ist. Das ist für Sie offensichtlich gar nicht relevant, obwohl Sie mit uns zusammen Stadtentwicklungspolitik für das Land Berlin gestalten und nicht so abstrakt über irgendwelche Sachen fabulieren sollten.

Zweiter Punkt: Ich habe gesagt, sowohl die Erschließung als auch die Lärmproblematik wären hier extrem anspruchsvoll. Es gibt mindestens 20, wenn nicht sogar 50 andere, besser geeignete Stellen für Wohnungsbau in Berlin als die, von der wir gerade reden. Jeder Ingenieur und jeder Architekt wird Ihnen sagen: Oh, das wird aber sehr schwierig. Da müssen Sie nicht nur mit dreifacher Schallschutzverglasung arbeiten, sondern Sie müssen sich noch ein paar andere Dinge einfallen lassen. – Das sollte man dann fairerweise auch einmal diskutieren.

Drittens: Sie wissen, glaube ich, auch, dass im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf das natürlich auch eine Weile diskutiert wurde, aber in der Gesamtabwägung, das hat Herr Künzel völlig zu Recht dargelegt, dort herausgekommen ist: Wir haben ein Gründefizit in diesem Bereich. – Wir haben eine an der Stelle eine hochverdichtete Innenstadt, wenn Sie sich allein das anschauen, was dort alles im Umkreis ist, werden Sie das kennen. Sie haben den Lietzensee, aber die anderen Bereiche sind höchstverdichtete Innenstadtbereiche, wo genau dieser Ausgleich für Bolzplätze und für andere sportliche Aktivitäten erforderlich ist. – Die fordern Sie komischerweise am Teufelsberg fernab von jeglicher Wohnbebauung. Zu dem entsprechenden CDU Antrag kommen wir ja gleich noch. Das ist mal richtig schön nicht von dieser Welt. – Aber an der Stelle, wo die Leute hinlaufen können, da interessiert Sie das komischerweise nicht.

Damit kann ich sagen: In der Summe ist das eine verantwortliche Abwägung, und wir sagen als SPD wie auch insgesamt als Koalition: Hier ist es richtig, auf eine öffentliche Grünfläche zu setzen, und das, was der Bund, auch die Bundesrepublik Deutschland, dort vor hatten mit einem Verkauf zum Höchstpreis zulasten des Landes Berlins, zugunsten von Spekulationsgewinnern werden wir hier nicht mitmachen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Gennburg, bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Es ist schon einiges gesagt worden. Ich teile das, was der Kollege Buchholz gesagt hat. Ich will kurz an Herrn Förster anknüpfen. Es ist schon so, wenn wir auf Charlottenburg-Wilmersdorf schauen, dass wir mit der dichten Gründerzeitbebauung auf eine völlig andere Stadtstruktur schauen als z. B. in Treptow-Köpenick. Wer mal in Charlottenburg-Wilmersdorf unterwegs war, außer in Richtung Grunewald, wird feststellen, dass es dort sehr wenig Grün gibt. Das ist mit der grünärmste Bezirk in der Stadt. Auch das hat uns

natürlich dazu bewogen, dort diese Grünverbindung herzustellen zu wollen und diese Fläche zu sichern und nicht noch ein weiteres Quartier in den Bestand hineinzubauen. Bei aller Liebe, aber das, was Sie jetzt gesagt haben, nämlich dass wir dann noch eine Grünfläche haben, die verlottert, würde im Umkehrschluss bedeuten: Wir sollen gar keine Grünflächen mehr entwickeln, weil sie theoretisch verlottern könnten. – Ich finde, das ist eine sehr merkwürdige Vorstellung von Stadtentwicklungspolitik, denn es geht erst einmal darum, dass wir die Grünflächen natürlich qualitativ entwickeln und erhalten.

Ich will nochmal auf unseren gemeinsamen Antrag hinweisen, der hieß: Bahnflächen für verkehrliche Nutzung sichern und freigestellte Bahnflächen für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung nutzen. – Ich erinnere mich noch sehr gut an den Schlagabtausch mit Herrn Evers im Ausschuss und im Parlament, wo er mir immer wieder erklärt hat, ich solle mal nicht so einen Wind machen, wir seien uns doch sowieso alle einig und wir sollten das jetzt einfach mal machen und uns nicht die ganze Zeit freuen, dass wir diesen Antrag haben. Da ging es auch darum, dass wir als Linke das zweimal zur Priorität gemacht haben, und ich glaube, Sie haben sogar zugestimmt. Das wiederum bringt mich dann schon zu der Frage, warum in diesem konkreten Fall diese Bahnfläche dann nicht gesichert werden soll, warum genau das, was wir in diesem Antrag als eine Leitlinie für Berlin vorgelegt haben, für eine grüne Quartiersentwicklung darin nicht stattfinden soll. Das müssten Sie schon einmal erklären.

Grundsätzlich lässt sich natürlich sagen: Ein Investor, der eine Bahnfläche kauft und darauf spekuliert, dass in Berlin eine Wohnbaufläche umgewandelt wird, hat im Zweifelsfall Pech gehabt. So läuft das halt. Dafür haben wir das Planungsrecht, dass wir uns eben nicht von irgendwelchen Leuten zwingen lassen, weil sie irgendwelche Investments getätigt haben, irgendwelche Dinge zu tun. Vielmehr überlegen wir uns sehr genau, was in welchen Quartieren gebraucht wird. Ich hatte es eingangs schon gesagt: Charlottenburg Wilmersdorf braucht diese Grünverbindung, und es ist stadtentwicklungspolitisch und städtebaulich extrem klug, genau das hier zu tun. Wir werden uns auf gar keinen Fall davon abbringen lassen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt hat Herr Förster das Wort. – Bitte!

Stefan Förster (FDP): Ich will auf einige Punkte reagieren, die aufgeworfen wurden. Was die Bahn AG und den Verkauf von Grundstücken betrifft: Es ist im Errichtungsgesetz der Deutschen Bahn ausdrücklich geregelt, dass die Bahn auch Grundstücke verkaufen soll. Die Bahn ist aber zu 100 Prozent in Bundesbesitz und damit kontrollierbar von der Bundesregierung, und da sitzt, soweit ich weiß, immer noch die SPD. – Herr Buchholz! Sie machen sich immer einen schlanken Fuß und sagen: Die Landes-SPD ist nicht die Bundes-SPD und wundern sich dann über Ergebnisse von 8 Prozent wie in Thüringen. Mich wundert das nicht. Sie müssen sich auch mal auf den Ebenen abstimmen und koordiniert vorgehen. Wenn Sie es im Bund wollen, dann müssen Sie im Bund Ihren Einfluss geltend machen als Mitglied der Bundesregierung. Da kann man nicht immer sagen: Die anderen waren es. – Die Bahn wird gemeinschaftlich von der Bundesregierung entsprechend beaufsichtigt, und Sie könnten da Einfluss nehmen.

Wenn Sie dann über die Frage von Lärm reden, wird es besonders grotesk. Frau Senatorin Lompscher hat uns gerade eine hochlärmbelastete Fläche für den Wohnungsbau am Güterbahnhof Köpenick gepriesen. Da gibt es Hochgeschwindigkeitsstrecken nach Warschau, die

extrem ausgebaut werden. Da fährt alle 20 Minuten ein Hochgeschwindigkeitspersonenzug, alle 10 Minuten der Güterverkehr. Und da sagen wir: An einer hochbelasteten Bahnflächen mit Schall und allem ist es möglich, das lärmschutztechnisch zu machen, aber am Westkreuz soll es nicht möglich sein. Die deutsche Ingenieurskunst gilt dann für Köpenick, aber ist in Charlottenburg-Wilmersdorf nicht anwendbar. – Das kann doch nun wirklich niemand behaupten.

Und wenn es darum geht, dass wir im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu wenig Grün haben, dann trifft das eher für den Charlottenburger Teil zu, nicht für den Wilmersdorfer. Aber auch dort gibt es z. B. eine sehr große Grünfläche, die von allen Berlinerinnen und Berliner genutzt werden kann, nämlich den Zoo, den darf man auch einrechnen, der von vielen zur Naherholung genutzt wird, im Übrigen auch mit einer Jahreskarte. Das machen sehr viele Menschen in Berlin. Wir haben dort am Westkreuz den Grunewald vor der Haustür. Auch da kann man hingehen. Der Grunewald ist eine riesige Waldfläche. Der Grunewald – da sollten Sie mal hingehen, Herr Buchholz – ist so groß wie der Müggelwald. Man hat den Lietzensee vor der Tür. Sie haben es gesagt. Dass also dort keine Erholungsflächen bestünden in Charlottenburg-Wilmersdorf, entspricht nicht der Realität.

Sie haben auch nicht zur Kenntnis genommen, Herr Buchholz, dass die Genossenschaften gerade vor einigen Wochen Vorschläge gemacht haben, die wir uns vielleicht einmal anhören sollten. Sie machen Lippenbekenntnisse, wir sollten Genossenschaften fördern, aber wenn es konkret wird, wollen Sie nicht einmal deren Vorschläge hören. Deswegen hatte ich gesagt: Laden wir sie ein und lassen uns das berichten. Wenn der grüne Baustadtrat, Herr Schruoffeneger, sagt, das sind konstruktive Vorschläge, über die kann man reden, sollten wir ihn auch einmal einladen und hören uns das an von ihm. Offenbar gibt es eben nicht diese einheitliche Meinung zu diesem Thema.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt die Senatorin erst einmal das Wort. Es sind doch einige Hinweise, Punkte und Fragen, und sie möchte gerne darauf eingehen. – Bitte!

Senatorin Katrin Lompscher (SenStadtWohn): Als Erstes möchte ich darauf hinweisen, dass diese vollständig von Bahnflächen umgebene Fläche mit dem Stadtquartier Güterbahnhof Köpenick durchaus nicht vergleichbar ist. Das ist bekanntlich nur südlich davon. Man wird sich für die unmittelbar angrenzende Bebauung mit den Lärmschutzfragen beschäftigen müssen. Ich will darauf hinweisen, dass diese Fläche heute schon eine wichtige stadtklimatische Ausgleichsfunktion hat. Ich will darauf hinweisen, dass da, wo heutzutage im FNP Bauflächen sind, sich übrigens anteilig Kleingärten befinden, die natürlich mit der Grünflächenplanung erhalten, weiterentwickelt und qualifiziert werden können. Ich will darauf hinweisen, dass auf der von der Bahn verkauften Fläche sich Wald entwickelt hat, was bekanntlich einer Bebaubarkeit schwer entgegensteht. Ich will auch darauf hinweisen, dass es im Zusammenhang mit der Diskussion um die Nutzung von zusätzlichen Baupotenzialen mit dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf eine Vereinbarung gab, dass man hier auch zusätzliche bebaubare Flächen im FNP eröffnet. Die Grünverbindung südlich des Areals ist zugunsten von bebaubaren Flächen aufgegeben worden. Es ist mitnichten so, dass man nicht die Möglichkeiten, die sinnvoll stadtentwicklungspolitisch bestehen, für Wohnungsbau eröffnet und diese Potenziale jetzt auch intensiver nutzt.

Der Verweis auf den Grunewald oder andere entferntere Grünanlagen hilft nichts in Bezug auf die Grünflächenversorgung von alten Menschen, von Kleinkindern und Familien, denn sie brauchen das in der Nähe ihres Wohnumfeldes und nicht an irgendeinem Ort, wo es dann ein größerer Aufwand ist, ihn zu erreichen. In diesem Sinne empfehle ich dringend, der FNP-Änderung zuzustimmen, weil dieser Planungsprozess schon eine gewisse Geschichte hat. Es ist auch wichtig, dass das Land Berlin seine Planungsziele auch für das laufende Gerichtsverfahren bestätigt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Billig das Wort.

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Förster! Ich habe aus dem Bezirk von meinen Parteifreundinnen und -freunden anscheinend andere Signale bekommen als Sie. Die sind absolut für Grünzug und Grünfläche an der Stelle.

Ich will anknüpfend an meine Vorrednerinnen und Vorredner und auch der Frau Senatorin noch einmal einen Punkt herausstellen: Verantwortliche Stadtentwicklungspolitik, die wir hier wahrscheinlich alle für uns in Anspruch nehmen, sorgt auch für den Klimawandel vor. Das heißt, „Bauen, Bauen, Bauen“ ist eine Sache, für die wir uns definitiv einsetzen. Das zu negieren, finde ich sehr polemisch, Herr Evers. Wenn wir Grünzüge, die wir als Kaltluftschneisen brauchen, nicht schaffen an den Stellen, wo wir wissen, dass sie notwendig sind für die Abkühlung, dann heißt das, dass wir gesunde Wohnverhältnisse negieren. Wenn wir das tun, haben wir augenscheinlich nichts gekonnt, denn wenn wir so bauen, dass die Baugebiete, die Kieze nachher den Anwohnerinnen und Anwohnern schaden, dann ist das etwas, was Sie vielleicht wünschen, was Sie vielleicht doch umsetzen wollen, aber wir jedenfalls nicht.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Laatsch, bitte!

Harald Laatsch (AfD): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich gehe zunächst auf den Beitrag von Frau Gennburg ein. Der Grunewald heißt so, weil da ein Wald ist. Der Halensee sagt Ihnen sicherlich auch etwas und der Lietzensee, beide liegen südlich davon. Also zu behaupten, es gäbe an der Stelle keine Grünfläche, hat schon Chuzpe, oder man kennt sich in der Gegend überhaupt nicht aus. Anders kann das gar nicht sein. Wenn Sie sagen, die Fläche sollte gesichert werden: Sie wird ja dann gesichert, wenn sie von Genossenschaften bebaut wird.

Wenn Sie, Herr Buchholz, im Zusammenhang mit Genossenschaften von Spekulationsgewinnland sprechen, dann finde ich das wirklich erschreckend. Das spiegelt doch genau Ihr Verhalten, Ihr gebrochenes Verhältnis zu den Genossenschaften wider. Sie predigen hier, Unterstützer der Genossenschaften zu sein, und tatsächlich tun Sie gar nichts für diese Genossenschaften. Das belege ich Ihnen mindestens schon seit zwei Jahren, dass Sie nichts für die Genossenschaften tun. Statt sich zumindest anzuhören, was die Genossenschaften Ihnen an dieser Stelle zu sagen haben – das wäre wohl das Mindeste, was man erwarten könnte, wenn es um 1 000 Wohnungen geht –, negieren Sie das und sprechen von Spekulationsgewinnern. Das finde ich in höchstem Maße unanständig.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Dr. Nelken, Sie haben das Wort!

Dr. Michail Nelken (LINKE): Ich glaube, die Debatte, die hier gerade geführt wird, hat überhaupt nichts mit dem Thema zu tun, das auf der Tagesordnung steht. Hier geht es um Stadtplanung, Herr Evers. Hier geht es um eine stadtentwicklungspolitische Maßnahme, die schon jahrelang läuft, also auch schon in der vorigen Legislaturperiode. Da sind Ziele formuliert worden, wie man die Bahnflächen nachnutzen will. Jetzt können Sie ja sagen, heute haben sich die Ziele geändert. Offensichtlich sind Sie der Meinung, dass man andere Ziele verfolgen sollte als bisher. Das kann man immer mal machen. Dann müssten Sie begründen, warum. Die einfache Begründung, dass man dann mehr Wohnungen hat, reicht nicht, denn dann kommen Sie das nächste Mal um die Ecke – das hatte ich Ihnen schon mal gesagt – und wollen, dass wir den Grunewald bebauen oder den Tiergarten oder sonst was. Sie müssen genau sagen, warum Sie an dieser Stelle Ihre Ziele ändern wollen, die Sie bis jetzt verfolgt haben. Das wäre die erste Voraussetzung.

Was Ihre Argumentation noch unglaubwürdiger macht, ist die Nummer mit den Genossenschaften. Das ist völlig absurd, was Sie hier gerade aufführen, einschließlich auch Herrn Förster. Die Genossenschaften sind überhaupt nicht im Spiel. Wenn der Bezirk sein Vorkaufsrecht ausnutzen will, wenn wir jetzt sagen: Berlin möchte da Wohnungen haben –, dann ist der Investor am Zuge, denn dann haben wir die Planungsziele in seine Richtung geändert, und dann kommt er durch. Ich habe manchmal das Gefühl, was Sie hier gerade machen läuft genau darauf hinaus, diesen Eingriff Berlins in den Kaufvertrag zwischen dem Investor und der Deutschen Bahn zu unterlaufen. Wenn wir das jetzt nicht festsetzen, hat sich das Ziel sozusagen erledigt, und dann kann der Investor seinen Kaufvertrag realisieren. Die Sache mit den Genossenschaften ist ein pures Ablenkungsmanöver, und das finde ich schon ziemlich schäbig.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Bevor die Abgeordnete Radziwill das Wort bekommt, hat Herr Förster eben hier vorne ein Wortprotokoll beantragt. Wir müssen in jedem Fall darüber abstimmen, ob wir ein Wortprotokoll für den gesamten Tagesordnungspunkt machen wollen. Sie haben das beantragt, und wir sind schon ziemlich am Ende der Debatte. Das müsste also hier abgestimmt werden. Wenn es dafür eine Mehrheit gibt, müsste es gegebenenfalls noch dem Präsidenten vorgelegt werden, es sei denn, es ist einstimmig. Wenn es nicht einstimmig ist, dann muss es in jedem Fall vom Präsidenten genehmigt werden. – Herrn Förster, möchten Sie noch einmal begründen, warum Sie das Wortprotokoll wollen?

Stefan Förster (FDP): Es hat sich in der Debatte gezeigt, dass es unterschiedliche Auffassungen und Behauptungen gibt, wie dieses Grundstück entwickelt werden soll oder was da nun der Sachstand ist. Um das hinterher nachvollziehen zu können, ist natürlich ein Inhaltsprotokoll nicht ausreichend, weil es die Diskussion nur sinngemäß wiedergibt. Bei dem Punkt sollte man es auch wortwörtlich wiedergeben und nicht sinngemäß, weil es sonst vermutlich falsch wiedergegeben wird.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich denke, dass die sinngemäße Wiedergabe im Protokoll dieser Ausschusssitzung bisher immer korrekt war, weil Sie eben eine Andeutung gemacht haben, dass es falsch wiedergegeben werden könnte. Deswegen will ich die Mitarbeiterin in Schutz nehmen und sagen, dass ich in der Regel eigentlich keine falsche Darstellung erkannt habe. Aber ich glaube, Sie meinten das vielleicht so auch nicht.

Dann frage ich einfach mal: Gibt es Einvernehmen darüber, dass wir ein Wortprotokoll von Anfang an dieser Debatte haben wollen? – Okay, dann haben wir das erledigt. Dann muss auch der Präsident nicht gefragt werden. Dann wird das Wortprotokoll organisiert. – Wir setzen die Beratung fort, und die Abgeordnete Radziwill hat das Wort.

Ulker Radziwill (SPD): Ich möchte gerne einmal hinsichtlich der Kleingartenanlage nachfragen. Die ist schon sehr lange da. Mir ist als Wahlkreisabgeordnete mitgeteilt worden, dass ein Teil der Fläche nicht mehr als Kleingartenanlage genutzt werden kann, sondern dass sie, wenn die auslaufen wird, dann leer stehen bzw. in ein Gartenkonzept übergehen wird. Aber die vorhandenen weiteren Kleingartenanlagen sind dann demnach geschützt, so wie ich das verstehe. Könnten Sie noch einmal zu dieser Kleingartenanlage und wie das fortgesetzt und qualifiziert wird etwas sagen?

Senatorin Katrin Lompscher (SenStadtWohn): So ganz im Detail weiß ich es nicht. Was aber Fakt ist, und das wollte ich hier noch mal darstellen, ist, dass die Kleingartenanlage, also die noch in Betrieb befindlichen und auch ehemaligen Kleingärten, sich genau in dem Bereich befindet, die bisher für eine bauliche Entwicklung vorgesehen wurde, sodass die Festlegung als Grünfläche hier erst einmal dafür sorgt, dass der Weiterbetrieb gesichert ist. Dann ist es natürlich eine Frage der Konzeption dieses Westkreuzparks, wie man dort Kleingärten einbezieht. Nach meinem Kenntnisstand beabsichtigt der Bezirk die Einbeziehung der Kleingartenanlagen. Jetzt gucke ich mal Herrn Künzel an, ob er einen anderen Kenntnisstand hat.

Vorsitzende Ulker Radziwill: Herr Künzel, bitte! – Dann haben Sie das Wort.

Michael Künzel (SenStadtWohn): Die Kleingartenanlage ist heute eine Anlage, in der zum Teil schon Spielflächen, Wiesenflächen und Waldstücke integriert sind und wo heute auch in Teilen die Öffentlichkeit Zugang hat auf schmalen, kleingartentypischen Wegen, zum Teil auch noch auf Bahnflächen. Das bedarf natürlich, um den neuen Zugang zu den S-Bahnsteigen richtig zu erschließen, vergleichsweise kleiner Eingriffe. Die sollen im Wege sukzessive, sobald solche einzelne Gartenparzellen dann frei werden, auch organisiert werden, und dazu wird der Bezirk ein Entwicklungskonzept erarbeiten. Das ist aber, soweit ich weiß, noch nicht abgeschlossen.

Vorsitzende Ulker Radziwill: Gut! – Gibt es weitere Fragen und Hinweise? – Sehe ich nicht. Dann ist die Liste der Wortmeldungen abgearbeitet, und wir können jetzt zu der Abstimmung kommen. Es gibt einmal den Vertagungsantrag von Herrn Förster. Darüber lasse ich zuerst abstimmen. Wer ist für die Vertagung dieser Vorlage? – Das ist die Opposition: die CDU, die AfD und die FDP. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition. Dann ist diese Vorlage weiterhin auf unserer Tagesordnung, und wir können jetzt darüber abstimmen. Wer ist für diese Vorlage Drucksache 18/1948? Der möchte sich bitte jetzt melden. – Das ist die Koalition. Wer ist dagegen? – Das ist die Opposition. Dann haben wir die Abstimmung erledigt und eine Zustimmung zu der Vorlage. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1702
**Kompetenz zum digitalen Planen und Bauen
schaffen**

[0208](#)
StadtWohn(f)
KTDat

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/1820
**Ungenutzte Flächen der Schwimm- und Sprunghalle
im Europasportpark entwickeln**

[0231](#)
StadtWohn
Haupt
Sport(f)

Hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/1820-1
**Ungenutzte Flächen der Schwimm- und Sprunghalle
im Europasportpark entwickeln**

[0231-1](#)
StadtWohn
Haupt
Sport(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1373
**Mehr als ein Erinnerungsort: Den Teufelsberg als
Sport- und Erholungsareal entwickeln!**

[0158](#)
StadtWohn(f)
UmVerk
Haupt
Kult
Sport*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/0463
**Lückenschluss durch Verlängerung der U3 zum
S-Bahnhof Mexikoplatz**

[0068](#)
StadtWohn
UmVerk(f)
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1606
**Klare Kante gegen Enteignungen, keinen
Verfassungsbruch zulassen!**

[0180](#)
StadtWohn(f)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.